

BUNDESGERICHTSHOF**IX ZB 18/81****B E S C H L U S S****in der Entschädigungssache**

**Elisabeth N [REDACTED],
P [REDACTED] Straße 57, T [REDACTED]/Israel,**

**Klägerin und Beschwerdeführerin,
- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt von [REDACTED], B [REDACTED] -**

g e g e n

**Land R h e i n l a n d - P f a l z ,
vertreten durch das Ministerium der Finanzen,
K [REDACTED]-F [REDACTED]-Straße 1, Mainz 1,**

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 19. Februar 1981 durch die Richter Fuchs, Zern, Dr. Lang, Gärtner und Dr. Jähne

beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 3. Zivilsenats - Entscheidungssatz - des Oberlandesgerichts Koblenz vom 18. November 1980 wird zurückgewiesen.

Die außergerichtlichen Kosten des Beschwerdeverfahrens trägt die Klägerin.

- 3 -

keit (BGH RW 1976, 157). Derartige Angaben hat die Klägerin jedenfalls nicht bis zum Ablauf der Antragsfrist nach Art. III Nr. 1 BEO-Schluss (30. September 1966) gemacht. Die Angabe in dem Mantelbogen vom 10. März 1966, sie übe jetzt keine berufliche Tätigkeit aus, reicht hierfür nicht aus.

Die Klägerin mußte deshalb bis zum 31. März 1967 die nach § 190 Nr. 1 bis 4 BEO erforderlichen Angaben nachholen. Hierher gehört auch die Angabe von Beweismitteln. Nach BGH RW 1978, 20 und 73 brauchen die Beweisangaben zwar nicht in der Form eines zivilprozessualen Beweisantritts in das Verfahren eingeführt zu werden. Es genügt, daß der Sachverhalt Beweismittel erkennen läßt. Dies verneint der Berufungsrichter mit der Erägung, daß die Klägerin weder Urkunden noch Zeugenerklärungen über die Existenz und den Verfolgungstod ihres Sohnes, nach dem sie den Anspruch wegen Lebensschadens geltend mache, vorgelegt habe. Zwar habe sie die Namen von Zeugen angegeben, jedoch ohne Anschrift und ohne Bezug zu den einzelnen von ihr geltend gemachten Ent-



